



**Antrag der SP Appenzell Innerrhoden (SP AI)**  
August 2024

## **Menschen auf der Flucht**

# **«Bodenseekoalition für humane Grenzen»**

Dieser Antrag basiert auf dem Referat **«Interessengeleitete Migrationspolitik und humane Grenzen»** von Gerald Knaus, Vorsitzender der «Europäischen Stabilitätsinitiative» (ESI)<sup>1</sup> vom 31. März 2023 in Appenzell<sup>2</sup> Weitere Grundlagen dazu sind:

- «Welche Grenzen brauchen wir?», Gerald Knaus (Piper, 2020)
- «Wir und die Flüchtlinge», Gerald Knaus (Brandstätter, 2022)
- «Humane Kontrollen durch Migrationspartnerschaften», Gerald Knaus (Dokument der ESI, 27. März 2023)
- Resolution «Solidarische und humane Asylpolitik»<sup>3</sup>, SP Schweiz (Parteitag vom 26. August 2023)

### **1 Antrag**

Die Schweiz Deutschland und Österreich gründen als Anrainerstaaten des grössten Sees im Zentrum Mitteleuropas die **«Bodenseekoalition für humane Grenzen»**. Dieser auf der Basis einer gemeinsamen Erklärung oder eines Memorandums informelle Länderverbund ermöglicht durch Migrationsdiplomatie und -partnerschaften humane Kontrollen von Migration und Grenzen. Unter Einhaltung rechtsstaatlicher Bedingungen werden so Voraussetzungen geschaffen, dass asylberechtigte Flüchtlinge schnell aufgenommen und jene, die kein Asyl bekommen können, von Ursprungsländern zeitnah zurückgenommen oder von sicheren Drittstaaten aufgenommen werden. Zudem unterstützt dieser Staatenbund gemeinsam solche Herkunftsländer und sichere Drittstaaten vor Ort und ermöglicht ihnen legale Migrationswege. In weiteren Schritten kann die «Bodenseekoalition für humane Grenzen» mit weiteren europäischen Demokratien ausgebaut werden.

### **2 Begründung**

#### **Das Fehlen humaner Kontrollen**

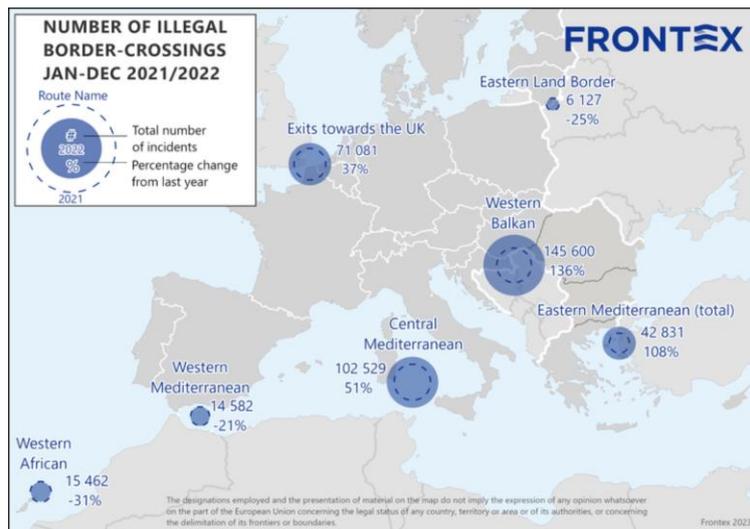
Die «Festung Europa» zieht ihre Brücken immer deutlicher hoch. Über 2000 Kilometer Zäune und Mauern umgeben die EU – teils meterhoch und ausgestattet mit Kameras, Bewegungsmeldern und Stacheldraht. Aktuell herrscht ein absurder Streit um den weiteren Bau solcher Mauern und Zäune. Trotzdem wurden im Jahr 2022 rund 180'000 irreguläre Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen festgestellt.

---

<sup>1</sup> <https://www.esiweb.org/>

<sup>2</sup> <https://sp-ai.ch/interessengeleitete-migrationspolitik-und-humane-grenzkontrollen-wie-schaffen-wir-das>.

<sup>3</sup> [https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2023/08/Asylpolitik\\_d.pdf](https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2023/08/Asylpolitik_d.pdf)



Die Flüchtlingspolitik auf unserem Kontinent widerspricht dem Non-Refoulement-Prinzip<sup>5</sup>. Sie ist von Gewalt und Illegalität geprägt: Tote im Mittelmeer, Misshandlungen durch Pushbacks, illegale Deportationen von Flüchtlingen, und Menschen, die als politische Waffe instrumentalisiert werden. Mit den Verträgen von Schengen und Dublin ist die Schweiz auch Teil dieser europäischen Flüchtlingspolitik. Die Debatte um Flucht und Asyl findet aktuell auch in unserem Land in immer gereizter Stimmung statt. Wir sind jedoch überzeugt: Panik schürende Rhetorik hilft vor allem den Populisten. Migration ist eine Realität, die wir gemeinsam und besonnen unter Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien regeln müssen. Diese komplexe Aufgabe fordert eine auf Fakten basierende Debatte über Flucht, Asyl und Migration.

### **Migration mit humanen Kontrollen und legalen Verfahren ist möglich.**

Unser Antrag zur **«Bodenseekoalition für humane Grenzen»** ist ein Beitrag, um irreguläre Migration zu reduzieren und mehr legale Mobilität zu ermöglichen. Viele Menschen haben Empathie für Flüchtende – allerdings nicht grenzenlos. Der Antrag zur **«Bodenseekoalition für humane Grenzen»** ist ein pragmatischer Weg zwischen den Extrempositionen, keine Rückführungen zu wollen und alle Asylverfahren bei uns durchzuführen oder der Angstmacherei, wir stünden vor einer Massenmigration, die nur mit Gewalt zu stoppen sei.

### **Der EU-Migrationspakt vom 20. Dezember 2023<sup>6</sup> ändert an der Grundproblematik nichts.**

Der neue EU-Migrationspakt weckt unerfüllbare Erwartungen und gibt den rechtspopulistischen Kräften zusätzlich Auftrieb. Es ist beispielsweise unrealistisch, dass die Staaten an der EU-Aussengrenze innerhalb 12 Wochen entscheiden können, wer schutzbedürftig ist. Zudem müssten die Geflüchteten – auch Familien und Kinder – während dieser Zeit unter gefängnisähnlichen Bedingungen untergebracht werden. EU-Staaten können sich von der solidarischen Aufnahme von Flüchtlingen freikaufen. Vorgesehene Rückführungen nach Afrika sind ohne gegenseitige Abkommen nicht oder nur schwierig umsetzbar.

### **Der Status quo muss geändert werden. Auf der Grundlage der Menschenrechte gilt es, die illegale und lebensgefährliche Migration durch legale Wege zu ersetzen.**

<sup>4</sup> Frontex-Pressemitteilung 13.01.2023: <https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/eu-external-borders-in-2022-number-of-irregular-border-crossings-highest-since-2016-YsAZ29>

<sup>5</sup> UNO-Menschenrechtsabkommen Art.3: [https://www.antifolterkonvention.de/auslieferung-und-abschiebung-bei-gefahr-einer-folterung-3385/#identifizier\\_0\\_385](https://www.antifolterkonvention.de/auslieferung-und-abschiebung-bei-gefahr-einer-folterung-3385/#identifizier_0_385)

<sup>6</sup> <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-migration-policy/>

Wenn wir die **Flüchtlingskonvention als globale Norm** hochhalten wollen, ist es wichtig, anzuerkennen, dass auch Staaten ausserhalb von Schengen-Dublin – allein oder mit Unterstützung des UNHCR – Menschen mit legalen Verfahren aufnehmen können. Dazu braucht es jedoch kluge Strategien, die Anreize mit Abkommen auf Augenhöhe setzen, um Ursprungsländer der Flüchtlinge und sichere Drittstaaten auch ausserhalb Europas zu gewinnen. Dadurch würde das mafiöse und menschenverachtende Geschäftsmodell der Schlepperorganisationen zerstört. Die Zahl der Toten und der Menschen, die sich auf gefährliche Fluchtrouten begeben, würde deutlich sinken.

Wir brauchen auf der Grundhaltung eines pragmatischen Humanismus' einen Kurswechsel zu humanen Kontrollen der Migration und Grenzen. Dies bedeutet:

- irreguläre Migration zu reduzieren, bzw. zu stoppen
- reguläre Migration zu ermöglichen
- Todesfälle auf dem Meer zu reduzieren, bzw. zu stoppen  
(Um den Tod auf dem Meer zu verhindern braucht es weiterhin Seenotrettungen und Bedingungen, damit möglichst wenige Menschen in Boote steigen.)
- die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)<sup>7</sup> und die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)<sup>8</sup> vollständig umzusetzen
- Gesetze entsprechend anzupassen

Dazu braucht es eine kluge Politik mit Strategien, welche auf Kooperation, Rechtsstaatlichkeit und auf Bedienung von Interessen der Ziel- und Ursprungsländer der Flüchtenden beruht. Der Schlüssel dazu sind Partnerschaften und Migrationsdiplomatie. Mit Anrainerstaaten des Mittelmeers wird einerseits sichergestellt, dass Menschen nach ihrer Rettung an sichere Orte gebracht werden. Andererseits werden rechtsstaatliche Migrationsabkommen mit Ursprungsländern, die Flüchtlinge zurücknehmen oder mit sicheren Drittstaaten, welche Flüchtlinge aufnehmen, abgeschlossen. Dazu sind vier Schritte notwendig:

1. Einigungen mit Ländern, dass Menschen, die keinen Schutz in Europa brauchen, schnell – ab vereinbartem Stichtag – zurückgenommen werden.
2. Qualitätsvolle und schnelle Asyl-Entscheidungen (keine Rückführung ohne rechtsstaatliche Prüfung)
3. Bereitschaft zu legalen Fluchtwegen und Resettlement<sup>9</sup>
4. Grosszügige Hilfe vor Ort für Herkunftsländer oder sichere Drittstaaten, welche Flüchtlinge zurücknehmen, und Kontingente für legale Migration

Mit dieser systemisch-ganzheitlichen Herangehensweise entsteht eine Win-win-Situation. Die Verantwortung in der Flüchtlingspolitik kann zwischen Ziel- und Herkunftsländern wie auch mit sicheren Drittstaaten geteilt werden. Ebenso werden deren Interessen und jene der flüchtenden Menschen mitberücksichtigt. Die Zahl der Toten auf Fluchtrouten und der Menschen, die sich für oft teures Geld auf gefährliche Fluchtrouten begeben und wieder zurückgeschickt werden müssen, würde schnell sinken. Herkunftsländer und sichere Drittstaaten, die Flüchtlinge aufnehmen, erhielten Unterstützung und dank Kontingenten legale Migrationsmöglichkeiten. Zielländer in Europa hätten eine human kontrollierte Zuwanderung. Ein ähnliches Abkommen zwischen der Türkei und der EU hat ab April 2016 zu einer deutlichen Abnahme der risikoreichen Meeresüberquerungen von Flüchtlingen nach Griechenland geführt (Anhang 2).

**«Jede entwickelte Demokratie sollte in der Lage sein, jährlich bis zu 1500 Flüchtlinge pro Million Einwohner mit humanen Kontrollen und legalen Verfahren aufzunehmen.» (Gerald Knaus, 2023)**

<sup>7</sup> [https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1974/2151\\_2151\\_2151/de](https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1974/2151_2151_2151/de)

<sup>8</sup> [https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1955/443\\_461\\_469/de](https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1955/443_461_469/de)

<sup>9</sup> <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/resettlement.html>

Unser Land vergab in den Jahren 2018 – 2021 jährlich pro Million Einwohner rund 1200 Menschen Schutz. Damit gehört unser Land zusammen mit Deutschland und Österreich zu jenen Staaten in Europa, welche in dieser Zeitspanne jährlich pro Million Einwohner am meisten Menschen Schutz gewährt haben (Anhang 3). Diese Länder sind an rechtsstaatlichen Asylverfahren sowie an möglichst wenig abgewiesenen Asylentscheiden mit aufwändigen Rückführungsverfahren interessiert. Im Jahr 2022 verzeichnete die Schweiz 26'093 Abgänge aus dem Asylwesen (Anhang 4).

### «Bodenseekoalition für humane Grenzen»

Es ist am wirkungsvollsten, wenn sich mehrere dieser europäischen Demokratien auf der Basis einer gemeinsamen Erklärung oder eines Memorandums informell zusammenschliessen, um das oben beschriebene Vorgehen – humane Kontrollen und pragmatischer Humanismus – möglichst wirksam umzusetzen. Ein solcher Staatenbund erzielt eine stärkere Position bei der Ausarbeitung von Migrationsabkommen als einzelne Länder. Zudem entsteht innerhalb dieses Verbundes mehr Flexibilität bei der Umsetzung. So könnten beispielsweise Länder mit höherem Bedarf an Arbeitskräften ein grösseres Visa-Kontingent für legale Migration erhalten; während Staaten, die weniger Zuwanderung brauchen, beispielsweise mehr in die Unterstützung vor Ort der Herkunftsländer, die abgewiesene Flüchtlinge zurücknehmen und der sicheren Drittstaaten, die Flüchtling aufnehmen, investieren könnten.

Die Tatsache, dass die drei Anrainerstaaten des Bodensees – Deutschland, Österreich und die Schweiz – im Vergleich zu andern EU-Staaten verhältnismässig viele Flüchtlinge aufnehmen, ist Grundlage und Motivation für unseren Antrag zur «**Bodenseekoalition für humane Grenzen**».

## 3 Anhänge

### Anhang 1

Auszüge aus Mail von Laura Kronig, persönliche Mitarbeiterin von Bundesrat Beat Jans, EJPD, vom 10. April 2024 **zum aktuell sistierten Resettlement-Programm**<sup>10</sup> in dem die Schweiz ursprünglich geplant hat, für die Jahre 2022 und 2023 insgesamt 1600 besonders Schutzbedürftige aufzunehmen: «... Grund sind die hohen Asylzahlen sowie die zusätzlichen ukrainischen Personen, die vor dem Ukrainekrieg in die Schweiz geflohen sind. Im 2023 haben 30'223 Personen in der Schweiz Asyl beantragt. Das sind 23,3% mehr als im 2022. Zudem haben 23'012 Personen aus der Ukraine den Status S beantragt. Das ist insbesondere bei der Unterbringung eine riesige Herausforderung für Bund, Kantone und Gemeinden. Wir rechnen im 2024 erneut mit 30'000 – 33'000 Asylgesuchen sowie weiteren Menschen aus der Ukraine. Stand heute fehlen uns deshalb beim Bund nächsten Herbst knapp 3'000 Unterbringungsplätze. Das ist der Grund, weswegen der Bundesrat entschieden hat, das Resettlement Programm zwar zu genehmigen, aber zu sistieren. Und es wieder in Absprache mit den Kantonen und Gemeinden wieder zu aktivieren, wenn sich die Unterbringungssituation bei Bund, Kantonen und Gemeinden erholt hat. ...»

### Anhang 2<sup>11</sup>

Sea arrivals Greece per month 2014-2018 (UNHCR)

	2014	2015	2016	2017	2018
January	955	1,694	67,415	1,393	1,633
February	1,001	2,873	57,066	1,089	1,256
March	1,501	7,874	26,971	1,526	2,441
April	1,257	13,556	3,650	1,156	3,032
May	1,703	17,889	1,721	2,110	2,916
June	3,198	31,318	1,554	2,012	2,439
July	3,927	54,899	1,920	2,249	2,545
August	6,742	107,843	3,447	3,584	3,197
September	7,454	147,123	3,080	4,886	3,960
October	7,432	211,663	2,970	4,134	4,073
November	3,812	151,249	1,991	3,215	2,075
December	2,056	108,742	1,665	2,364	2,927
<b>Total</b>	<b>41,038</b>	<b>856,723</b>	<b>173,450</b>		

Wende April 2016

<sup>10</sup> <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/resettlement.html>

<sup>11</sup> Referat Gerald Knaus, 31. März 2023 in Appenzell

### Anhang 3<sup>12</sup>

## Wer vergab 2018-2021 am meisten Schutz?

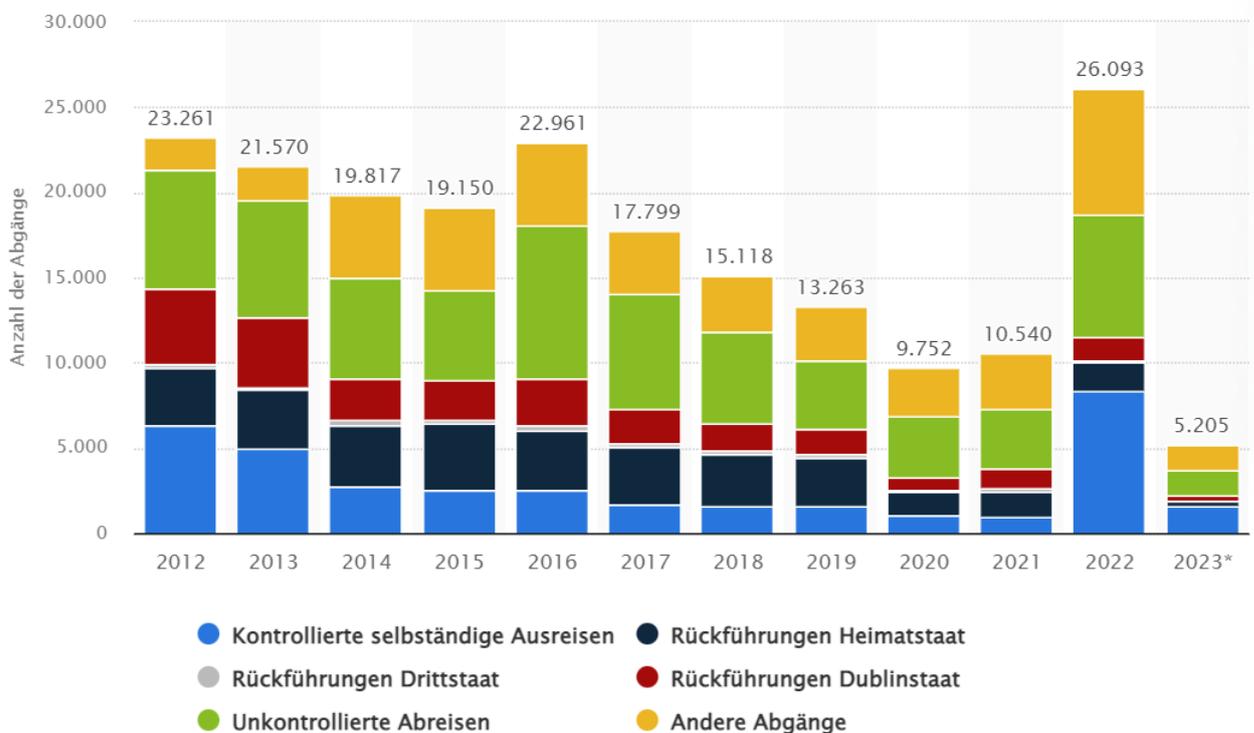
	2018	2019	2020	2021	Gesamt	Bevölkerung in Mio.	Pro Mio. in 4 Jahren
Griechenland	15.460	17.119	34.917	17.993	85.489	11	8.000
Österreich	18.887	11.221	10.056	15.514	55.678	9	6.200
Zypern	1.214	1.145	1.540	2.105	6.004	1	6.000
Schweiz	14.926	10.069	9.440	8.284	42.719	9	4.900
Deutschland	105.544	89.059	80.152	76.190	350.945	83	4.200
Luxemburg	625	500	650	735	2.510	0.6	3.900
Malta	658	276	215	148	1.297	0.5	2.500
Schweden	11.355	6.540	4.584	2.915	25.394	10	2.400
Frankreich	46.952	35.553	30.528	50.282	163.315	67	2.400

**43.000**

**1.200 mal Schutz  
– pro Jahr und pro  
Million Einwohner**

### Anhang 4<sup>13</sup>

#### Anzahl der Abgänge im Asylbereich in der Schweiz



<sup>12</sup> Referat Gerald Knaus, 31. März 2023 in Appenzell

<sup>13</sup> Interaktive Grafik mit den verschiedenen Ausreisekategorien, Mitte Mai 2023 (Statista Schweiz): [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/462292/umfrage/abgaenge-aus-dem-asylbereich-in-der-schweiz/?kw=&cmrtag=adwords&gclid=CjwKCAjwrrpOiBhBVEiwA\\_473dDNyMa8JBm\\_o26K1NmviVGvHGq\\_h\\_y5UfMxKXJpYI2QrU0tA2Gs5hoC8AgQAvD\\_BwE](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/462292/umfrage/abgaenge-aus-dem-asylbereich-in-der-schweiz/?kw=&cmrtag=adwords&gclid=CjwKCAjwrrpOiBhBVEiwA_473dDNyMa8JBm_o26K1NmviVGvHGq_h_y5UfMxKXJpYI2QrU0tA2Gs5hoC8AgQAvD_BwE)